



— ich kenne sie ja nicht, ich weiß kaum ihre Namen — geschrieben stände. Trotz aller dieser Proteste identifiziert der Herr Vorredner die Regierung mit der „Spenerischen Zeitung“ und der „National-Zeitung“, von denen ich in dessen Bezeichnung, die ich in Betracht der süddeutschen Blätter gebracht habe, ausdrücklich zur Vermeidung aller Missverständnisse feierlich ausgeschlossen haben will. (Große Heiterkeit.) Er identifiziert die Regierung sogar mit allen möglichen englischen Blättern.

Za, m. H., was die Regierung mit den englischen Blättern zu thun hat, darüber bin ich aus der Rede des Hrn. Interpellanten nicht klug geworden. Dass ein englischer Correspondent sich anders ausdrücken muss, als ein solcher, der für preußische Blätter schreibt, dass er sich den in England herrschenden Vorstellungen accommodiren muss, und dass dadurch die Dinge einen ganz andern Faltenwurf bekommen, als wenn ein Deutscher für Deutsche schreibt, ist ganz natürlich. Selbst also dann, wenn unter den englischen Correspondenten sich Deutsche befinden sollten und zwar Deutsche, die zu irgend welchen offiziellen Personen Beziehungen hätten, so kann man noch nicht aus der Darstellung, die sie für nötig erachten, für ein englisches Publizum, Schlussfolgerungen in dieser Richtung ziehen und am allerwertesten die verantwortlichen Minister dafür verantwortlich machen. Ich muss sagen, ich bin zwar nicht sonderlich echauffirt durch diese Interpellation, ich glaube, es sei ein Act des Courtoisie, mit der der Hr. Interpellant diese Neugestaltung des Ministeriums begrüßt (Heiterkeit), und diese Begrüßung ist auch Seitens des Hrn. Vorsitzenden des Ministeriums in gebührend Weise erwidert worden (Heiterkeit). Ich glaube, dass die Sache überhaupt gar nicht dazu angeht ist, um zu einer großen Staatsaffäre aufzublasen zu werden; man soll sie also ganz ruhig behandeln, etwa in der Art, wie es Goethe im Vorspiel zu Faust so hübsch ausdrückt: „Ich habe deinesgleichen nie gehaft. Von allen Geistern, die verneinen, ist mir der Schalk am wenigsten zur Last.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Birchow: Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen ohne einige Worte über die Stellung zu sagen, in welcher wir dieser neuen Ära des Liberalismus, welche sich von den Bänken des Centrums aus gegen uns eröffnet, entgegentreten. Wir kommen ja nun in die sonderbare Lage, dass aus dem Füllhorn der Gnade, welche in diesem Centrum so reich enthalten ist, uns ein überreiches Maß von wundervollen Dingen entgegenkommt, die zu beantragen sonst uns überlassen war, und dass Sie uns nun in die freundliche Verjugung bringen, dieselben aus Ihrer Hand entgegenzunehmen. So ist es auch mit dieser Interpellation. Ich erkenne auch mit voller Offenheit an, dass, objectiv gelsprochen, ich ganz auf der Seite des Herrn Interpellanten stehe; ich werde auch in diesem Augenblick für diese Auffassung eintreten. Die Herren brauchen sich darüber nicht zu beunruhigen. (Stimmen aus dem Centrum: Nein, gar nicht!) Es wird mir ganz gleichgültig sein, ob der Antrag aus schwarzen oder weißen Händen kommt. Aber ich muss und werde streng unterscheiden, ob das, was Sie beantragen, meiner Richtung entspricht, oder ob das, was Ihnen beliebt, in Antrag zu bringen, nur dazu dient, Ihre augenblicklichen taktischen Zwecke zu fördern. M. H., ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Lassen Sie uns nur offen darüber verständigen, was bei Ihnen Angelegenheit der Taktik und was bei Ihnen Angelegenheit des Herzens und der Überzeugung ist (Sehr gut!), dann werden wir ganz gut auskommen und werden uns prächtig verständigen. In Mangeln, was Ihnen an sich unangenehm ist, was Sie aber jetzt aus taktischen Gründen betreiben, werden wir Sie unterstützen, in sofern es unserer Herzensneigung und Überzeugung entspricht. Wir werden zum Beispiel an Ihrer Seite stehen, wenn es sich darum handelt, Sicherheit, Beständigkeit, gesetzliche Befestigung in die Institutionen unserer Verwaltung zu bringen.

Wir erkennen vollständig die Notwendigkeit an, dass ein Minister-Organisationsgesetz gegeben werde. Auch wir fordern das Ministerverantwortlichkeitsgesetz; wir geben sogar einem Schrift weiter, wir wollen auch noch ein Contabilitätsgesetz, um die finanzielle Verantwortlichkeit der Männer sicher zu stellen. In allen diesen Dingen werden wir bereit sein, mit Ihnen zu gehen. Der Interpellant hat, glaube ich, in einer Beziehung eine Concession gemacht, die weiter ging als notwendig war. Um im Augenblick seine Betrachtung zu unterstützen, sprach er von der Stabilität der Institutionen und von dem Wechsel der Personen. Das, m. H., glaube ich, war ein Irrthum. Das wäre ja genau das, was wir wünschen; aber es ist das, was wir eben nicht haben. Nicht, die Institutionen bestehen und die Personen wechseln, wie er sich ausdrückt, das ist eben die merkwürdige Erscheinung in unserem Staatsleben, dass es gerade umgedreht ist: die Institutionen wechseln, aber die Menschen bleiben. Der Herr Reichstanzler bleibt immer da, bald ist er oben, bald unten, bald neben: auch der Graf Cullenburg verschwindet nicht, selbst nicht, wenn ein großer Wechsel in den Institutionen sich vollzieht, er bleibt immer auf seinem Posten. So haben wir gesehen, welche Anstrengungen gemacht werden mussten, und welche Mittel in Bewegung gebracht werden mussten, um gelegentlich einmal eine Person im Ministerium mobil zu machen. (Heiterkeit.) Die Mobilität der Institutionen dagegen ist so vollkommen, dass in jedem Augenblick die Sache im Flusse sich befindet. Ich mache das allerdings auch dem Reichstanzler persönlich sehr zum Vorwurf, denn wenn ein Mann eine so große Aufgabe vorfolgt wie der Herr Reichstanzler, so meine ich, sollte er sich auch sagen, dass notwendig dazu gehört, dass er auch für die Zeit nach ihm für dauerhafte und mögliche Institutionen sorgt. Dass aber die Institutionen unmöglich und undauerahaft sind, die er gegenwärtig in seiner Person vereint, das wird er selber wahrscheinlich am besten fühlen. Deshalb würde ich mit herzlicher Freude den Augenblick begrüßen, wo es möglich wäre, in Breußen ein Organisationsgesetz zu schaffen, durch welches wirklich bleibende Institutionen als eine sichere Grundlage für die Verwaltung geschaffen werden.

Aber, meine Herren, in diesem Augenblicke uns gerade besonders zu beschweren, haben wir am wenigsten Veranlassung, das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Wir hatten eine viel, gröbere Veranlassung in der vorigen Session dazu, wo wir ja auch über diesen Gegenstand gesprochen haben, als es sich um den Eintritt des Herrn Ministers Delbrück in das preußische Staatsministerium handelte und als damit ein heimlicher Stellvertreter des Herrn Reichstanzlers geschaffen wurde. Damals, meine Herren, handelte es sich in der That um eine Erfindung von so eigenthümlicher und abweichender Natur, dass in der ganzen früheren Geschichte dafür absolut kein Analogon bestand, und es konnte auch nur in einer anderen Beziehung die Sache beständig sein, weil nicht einmal feststand, dass dies eine verantwortliche Person war. Jetzt, meine Herren, in diesem Augenblicke haben wir in der That keine besondere Veranlassung, uns zu beschweren; ich erkenne offen an, dass es uns recht angenehm ist, dass der Herr Finanzminister in diese Stelle eingezügt ist. (Sehr gut! links.) Wir sind ganz damit zufrieden, dass gerade er diese Position eingenommen, und ich will ihm mit Vergnügen aus sprechen, dass wir mit Vertrauen dem entgegenkommen, was unter seiner weiteren Leitung kommen wird. Ich begreife in der That nicht, wie man es bezweilen kann, dass ein ganz wesentlicher Fortschritt gegeben ist in dem Augenblicke, als der Herr Ministerpräsident Graf Roon austrat und der neue Vicepräsident eintrat.

Meine Herren wir haben ja eine äukere Signatur dafür in den Nebenbildern, die sich um das landwirtschaftliche Ministerium herum vollzogen (Heiterkeit). Sie erinnern sich, dass einer der letzten Alte des leichten Herrn Ministerpräsidenten die unglaubliche Leistung war, dass in einem Augenblicke, wo die ganze Bewegung des Staates vorwärts ging, der berühmteste und wegen seiner Dialektik am meisten geprägte Vertreter der rückwärts drängenden Richtung ins Ministerium berufen wurde. Ja, meine Herren, wenn so etwas möglich war, so ein Attentat auf die politische Situation (Sehr wahr!), so muss man sagen, war es gewiss ein Zeichen von der Größe des Wechsels, dass mit einem Male diese Nebenbilder verschwanden, als die neue Situation so gestaltete. Wir befinden uns jetzt einer klaren einfachen Lage gegenüber. In dieser Lage, meine Herren, möchte ich unsere Stellung zu Ihnen insbesondere (zum Centrum gewendet) dahin bezeichnen, dass wir Ihnen beitreten werden auch in Fällen, wo es vielleicht dem gegenwärtigen Herrn Vicepräsidenten nicht bequem ist, wenn es sich darum handelt, objektiv gute Maßregeln durchzusetzen. Dabei setze sich nebenbei allerdings voraus, dass es unmöglich ist, bei der Kürze der Zeit alle diese guten Dinge zu Stande zu bringen und regelmäßig zu berathen. Wir bitten da um eine gewisse Schonung (Heiterkeit), wir sind auch Menschen und alzuviel können wir in einer Session nicht leisten. Ich fürchte fast, dass Sie Ihr Maß etwas stark gefässt haben, so dass vielleicht unsere Kräfte nicht ganz ausreichen möchten. Indem ich also in dieser Beziehung um Ihre gütige Nachricht bitte, stelle ich Ihnen sonst zu allen guten Dingen uns vollständig zur Verfügung. (Heiterkeit und Bravos links.)

Abg. v. Kirchmann sieht in der Bestellung eines Vicepräsidenten des Staatsministeriums nur die Verlängerung eines Zustandes, der nicht eine Irregularität, sondern auch eine Illegalität enthält und der durch die sich immer mehr ausdehnende Abwesenheit des Ministerpräsidenten hervorgerufen ist. Dadurch werden die Geschäfte gehemmt und gelähmt. Der Ministerpräsident wirkt zwar, wie man hört, auf die Geschäfte mit ein, aber bei der Entfernung ist jenes Einfluss doch nur ein schwacher. Aber auch eine Illegalität liegt in diesem Zustande. Zu den Gegenständen, welche das gesamte Staatsministerium zu behandeln hat, gehört namentlich die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen, Berichte zur Besetzung der ersten Verwaltungsposten; das Staatsministerium wird sogar als eine Körperschaft aufgefasst,

die selbständige Geschäfte zu führen hat im Falle einer Regentschaft oder Octroyirung; sie bildet in vielen Fällen z. B. bei Auflösung der Stadtvorortenverammlungen, in Disciplinarfällen der Beamten die höchste Instanz ein notwendiges Erforderlich ist es also, dass die Mitglieder regelmäßig versammelt oder wenigstens auf legale Weise entschuldigt sind. Der Fürst Bismarck behauptet zwar körperlicher Beschwerden wegen auf dem Lande zu sein, es ist aber nirgend behauptet, dass ihm dieselben zum Besuch der Sitzungen unfähig machen. Es scheint sogar möglich, dass die Beschlüsse des Staatsministeriums auf Grund dieses beständigen Fehlens rechtlich angegriffen werden könnten. Dann hat aber der Ministerpräsident gewisse Funktionen ganz allein. Die Ordenscommission, die Archive und die Centralstelle für Prekangelegenheiten. Wenn besonders in dieser letzten keine strenge Einheit herrscht, so entsteht, wie dies ja der Fall gewesen ist, unter den öffentlichen Blättern ein Zwiespalt, der den Ministern Verlegenheit, dem Lande Irrthum und Verwirrung bringt. Eine solche strenge Einheit ist aber nicht möglich, wenn zuweilen der Vicepräsident die Leitung übernehmen muss, der doch auch seine eigenen Ansichten hat und zur Geltung bringen will. Es ist allerdings heute noch nicht die Zeit die Organisation des Staatsministeriums näher zu erörtern, aber es es wird die Zeit kommen, wo darüber gesprochen werden muss.

Abg. Mallinckrodt: Aus den Auseinandersetzungen des Abg. Birchow sprach etwas Aerger, und wer im Parlament Aerger zeigt, hat allemal die Lacher gegen sich. Der Ausfall, den er gegen Herz und Überzeugung meiner Freunde machte, halte ich ihm bereitwillig zu Gute um der Zusage willen, dass er stets bereit sein werde, die Dinge objectiv zu betrachten, gleichviel ob sie aus weißer oder schwarzer Hand kämen. Wir halten ihn beim Wort und ich gebe ihm die Zuflüsterung, dass er nicht befürchtet sein braucht, dass jemals das Publicum geneigt sein werde, meine Freunde mit den feinen zu identifizieren. (Sehr wahr! links.) Was aber die Leichtigkeit angeht, mit der er über den Gegenstand der Beschwerdebeläß weggeht, so hat er bei seiner Belehrung einen argen Mißgriff gemacht. Er führte den Gedanken, dass ein herborragendes Mitglied der conservativen Partei in das landwirtschaftliche Ministerium berufen werden sollte auf den Grafen Roon zurück; der Gedanke geht aber wohl auf den Fürsten Bismarck selbst zurück (Sehr wahr! im Centrum) und das betreffende Schreiben, in welchem das Anerbieten enthalten war, röhrt vom Herrn Camphausen her, den der Abg. Birchow eben so freundlich begrüßt hat. (Hört! hört! im Centrum.) Es erinnert das gar zu sehr an einen leider recht bekannt gewordenen Ausspruch von der Launenhaftigkeit der Vorsehung. Wenn der Abgeordnete Braun die Anonymität des Ministercollegiums betonte, so hat er sich nicht vergegenwärtigt, dass er die notwendige Contra signatur der Minister als schlagenden Grund angestiftet hatte: er hat sich also selbst geärgert. (Sehr wahr! im Centrum.) Mit dem Hinweis auf den Zeitungssatz und die Vereicherung der parlamentarischen Sprache durch den Ausdruck Wurstblättchen ist es ihm doch übel ergangen; er hat bemerkt, auf welchem glatten Boden er stand, und sofort bei der „National- und Spenerischen Zeitung“ Abbitte gethan. Materiell war auch nichts weniger berechtigt als der Vorwurf, dass der Abgeordnete Windthorst auf Zeitungen recurriert; denn wenn die Regierung keine Aufklärung giebt, müssen wir sie in der Zeitungsliteratur suchen und, wenn der Repräsentations-Senat, der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin (Reichsbanz.)

[Die Reichstagswahl.] Was die nächste Reichstags-Sesslon betrifft, so haben bisher nur vorläufige Erörterungen darüber in den Kreisen des Bundesrates stattgefunden. Während früher die Absicht dahin ging, die Wahlen schon für den December anzuberaumen, überwiegt jetzt die Absicht, diesen Act erst etwa im letzten Drittel des Januar vollziehen zu lassen. Da in Elsaß-Lothringen gewisse Vorbereitungen, wie die Auslegung der Wahllisten, erst nach Einführung der Verfassung stattfinden können, so werden dort die Wahlen erst spät stattfinden müssen. Die definitive Entscheidung steht selbstverständlich Sr. Maj. dem Kaiser zu.

[Die Civilehe.] Das „Dtsch. Wbl.“ schreibt: Die schon in den Zeitungen veröffentlichte Nachricht, dass das Ministerium sich über die Civill-Ehegeset verständigt habe, wird allseitig bestätigt. Dem König hat das Gesetz nur deshalb noch nicht zur Sanction vorgelegt werden können, weil der Gesundheitszustand desselben immer noch Schonung erfordert. Uebrigens ist die Überzeugung allgemein, dass die gegenwärtige Lage der Dinge in Schlesien, Posen und Westpreußen das Gesetz politisch durchaus notwendig gemacht hat.

[In Hofkreisen] Und in der höheren Gesellschaft unterhält man sich lebhaft über den Rücktritt des Herzogs Wilhelm zu Mecklenburg von dem Divisions-Commando in Kassel und der in jenen Kreisen wenigstens vorher nicht bekannt gewesenen Rücksteldeß des Prinzen aus der einstigen Residenz des lustigen Königs von Westfalen in das stillle Schloss Bellevue im Thiergarten bei Berlin. Man bringt, wie die „Berl. Mont.-Z.“ berichtet, den Besuch des Bruders und der Mutter des Herzogs Wilhelm, des regierenden Großherzogs und der Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin am hiesigen Hofe mit der Rückkehr des Herzogs nach Berlin in Verbindung, wie weit mit Grund — wissen wir nicht.

[Confiscation.] Die „Germ.“ schreibt: Die gestrige Nummer unseres Blattes ist wieder einmal confiscat worden. Der Schlusspassus des Leitartikels über die Lamarmora'schen Enthüllungen war es gewesen, welcher die Aufmerksamkeit der Polizeibehörde auf sich gezogen hatte. Es war gelungen, fast die ganze Auflage mit Beschlag zu belegen, so dass wir heute eine neue Ausgabe mit Weglassung des incriminierten Passus veranstaltet haben. Dieselbe geht den verehrlichen Abonnenten mit der heutigen Nummer zu.

[Das Organ des Herrn M. Anton Niedorf.] die „D. L. Z.“, erlaßt einen von genannten Herrn als „Chefredakteur“ selbst unterzeichneten Hilferuf an seine Freunde, ihm sein Deficit von jährlich 6000 Thlr. zu decen. Die „Landeszeitung“ nimmt 12,000 Thlr. jährlich ein, braucht aber 18,000 Thlr., um um den fehlenden Betrag zu schaffen, hat sich ein „Curatorium hochgeachteter Männer gebildet, deren Namen, um unnütze Frörterungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden“, nicht angeführt werden; dies Curatorium fordert durch Hrn. Niedorf zur Gründung eines „ständigen jährlichen Subventionsfonds“ auf, welcher zur Deckung der noch bestehenden Unterbilanz der Zeitung veranlaßt werden soll, nachdem der Vorschlag, die Zeitung dreistatt wie bisher, sechsmal wöchentlich erscheinen zu lassen, als unpraktisch abgelehnt worden ist. Dabei wird bestagt, dass die „Landeszeitung“ wieder auf den indirekten Sucurs der Börse und des großstädtischen Publitzums (den Hr. Niedorf bekanntlich vorgeblich für seine Weihnachtsreclamen erbeten hatte) noch auf den der Regierung, nicht einmal in Inseraten, reden kann.“ Also immer heran, meine Herrschaften, und zwar rausch! denn Herr Niedorf muss bis zum 4. December klar übersehen, „ob die Zeitung in der bisherigen Weise fortgeführt werden kann, oder ob er sich eventuell ganz von der Politik zurückzieht.“ Das wäre ja jammerschade, wenn Herr Niedorf den Weg aller Landwirtschaftsminister ginge!

[Die Convaleszenz des Kaisers] dürfte nach der „Berl. Mont. Z.“ sich noch vierzehn Tage hinziehen. Eine entschieden günstige Wendung der Krankheit hat sich erst seit Anfang dieser Woche mit der Wiederkehr des Appetites eingestellt. Damit ist auch die Schwäche fast gehoben, die den Arzten manche unruhige Stunde macht. Auch die rheumatischen Schmerzen am rechten Fuße haben nachgelassen und zum Theil ist auch die normale Stimmung des hohen Herrn zurückgekehrt, die ihn wieder Theil an den Staatsgeschäften nehmen lässt; wenn ihm auch hierin von seinem Arzte noch einige Schonung anempfohlen ist.

[Der Kaiser] wird in den nächsten Tagen eine Conseil-Sitzung präsidieren, in welcher es sich um das Civilehegeset handeln soll; die Einbringung des letzteren steht nahe bevor.

Hannover, 21. November. [Proces Grote.] In der heutigen Sitzung der Strafkammer des Obergerichts wurde das Urtheil gegen den Pastor a. D. Grote verkündigt: Grote selbst war nicht erschienen, sondern wurde durch seinen Vertheidiger, Obergerichts-Anwalt Grotewald, vertreten. In dem sehr ausführlichen, vom Obergerichtsrath Thommen verlesenen Urtheil wird die Einrede, dass nach der früheren Verurtheilung wegen eines Auflasses in dem Volkskalender eine nochmalige Verurtheilung wegen anderer Aufsätze in demselben Kalender nicht zulässig sei, verworfen, da es sich in den an sich selbstständigen Aufsätze um mehr concurrirende Verbrechen handelt und Grote der Beleidigung des Königs von Preußen, sowie der Ehrenfrankung des Fürsten Bismarck schuldig befunden und gegen ihn zu der früher verhängten Gefängnisstrafe von 15 Monaten eine Zusätzstrafe von zwei Monaten Gefängnis erkam. Nach dem Deutschen Reichsstrafgeset ist die Erkennung solcher Zusätzstrafen möglich, nach den freiherrlichen criminalrechtlichen Bestimmungen würde Grote schärfer bestraft sein. Zugleich wurde erkannt, dass in den zum Verkauf bestimmten Exemplaren des Kalenders die incriminierten Stellen unbrauchbar ge-

geordneten wolle beschließen: 1) die Wahl des Regierungsassessor a. D. Hurzig als Abgeordneten für ungültig zu erklären, 2) die Staatsregierung aufzufordern, an Stelle der von der Wahlmännerversammlung fasstretten Wahlen von 8 Wahlmännern Neuwahlen zu veranlassen.

Endlich beantragt Abg. Jung: Die Wahl des Abgeordneten Hurzig vorläufig für gültig zu erklären. Diese verschiedenen Anträge werden der Reihe nach motivirt. Abg. Jung vertritt insbesondere den Standpunkt, dass das Haus nicht die dritte Instanz für Wahlprüfungen, sondern der Cassationshof für dieselben ist. Abg. Richter (Sangershausen) spricht für den Antrag der Abtheilung. Es müsse insbesondere der Widerspruch zwischen Wahlprotokoll und Abstimmungsliste aufgeklärt werden.

Schließlich wird der Antrag Windthorst abgelehnt (dafür das Centrum und die Fortschrittspartei), desgleichen der Antrag Jung und darauf der Antrag der Abtheilung auf Beanturdung auf die Wahl angenommen.

Gegen 3 Uhr ist das Haus nicht mehr in der Stimmung, in die erste Berathung des Staatshaushalts einzutreten, die daher bis zur nächsten Sitzung (Montag 1. Uhr) verschoben wird. Vorangehen wird vor die Interpellation Dunder's, betreffend die Wahlen zum Reichstag u. s. w.

Berlin, 22. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem kaiserlich österreichischen Oberst-Lieutenant des Ruhesstandes Valentin von Oden von Bardenhain, provvisorischen Leiter der kaiserlichen Militär-Abteilungen zu Gastein, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse und dem Kapellmeister Johann Carl Messer zu Wien den Rothen Adler-orden vierten Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den Grossherzoglich sächsischen Rechtsanwalt Carl Friedrich August Lieber zum Kaiserlichen Regierung-Rath und ständigen Hülfssarbeiter im Reichsanzler-Amte ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Kreis-Steuer-Cinnehmer und Second-Lieutenant a. D. Mehring zu Schlawe den Charakter als Rechnungs-Mat-

ter verliehen.

Dem Lehrer Dr. Stenzel bei der Realschule am Zwinger zu Dresden ist das Prädikat Oberlehrer verliehen worden.

Berlin, 22. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute einen kurzen Vortrag des Civil-Gabinetts entgegen und empfing hierauf den Abschieds-Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin (Reichsbanz.).

[Die Reichstagswahl.] Was die nächste Reichstags-Sesslon betrifft, so haben bisher nur vorläufige Erörterungen darüber in den Kreisen des Bundesrates stattgefunden. Während früher die Absicht dahin ging, die Wahlen schon für den December anzuberaumen, überwiegt jetzt die Absicht, diesen Act erst etwa im letzten Drittel des Januar vollziehen zu lassen. Da in Elsaß-Lothringen gewisse Vorbereitungen, wie die Auslegung der Wahllisten, erst nach Einführung der Verfassung stattfinden können, so werden dort die Wahlen erst spät stattfinden müssen. Die definitive Entscheidung steht selbstverständlich Sr. Maj. dem Kaiser zu.

[Die Civilehe.] Das „Dtsch. Wbl.“ schreibt: Die schon in den Zeitungen veröffentlichte Nachricht, dass das Ministerium sich über die Civill-Ehegeset verständigt habe, wird allseitig bestätigt. Dem König hat das Gesetz nur deshalb noch nicht zur Sanction vorgelegt werden können, weil der Gesundheitszustand desselben immer noch Schonung erfordert. Uebrigens ist die Überzeugung allgemein, dass die gegenwärtige Lage der Dinge in Schlesien, Posen und Westpreußen das Gesetz politisch durchaus notwendig gemacht hat.

[In Hofkreisen] Und in der höheren Gesellschaft unterhält man sich lebhaft über den Rücktritt des Herzogs Wilhelm zu Mecklenburg von dem Divisions-Commando in Kassel und der in jenen Kreisen wenigstens vorher nicht bekannt gewesenen Rücksteldeß des Prinzen aus der einstigen Residenz des lustigen Königs von Westfalen in das stillle Schloss Bellevue im Thiergarten bei Berlin. Man bringt, wie die „Berl. Mont.-Z.“ berichtet, den Besuch des Bruders und der Mutter des Herzogs Wilhelm, des regierenden Großherzogs und der Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin am hiesigen Hofe mit der Rückkehr des Herzogs nach Berlin in Verbindung, wie weit mit Grund — wissen wir nicht.

[Confiscation.] Die „Germ.“ schreibt: Die gestrige Nummer unseres Blattes ist wieder einmal confiscat worden. Der Schlusspassus des Leitartikels über die Lamarmora'schen Enthüllungen war es gewesen, welcher die Aufmerksamkeit der Polizeibehörde auf sich gezogen hatte. Es war gelungen, fast die ganze Auflage mit Beschlag zu belegen, so dass wir heute eine neue Ausgabe mit Weglassung des incriminierten Passus veranstaltet haben. Dieselbe geht den verehrlichen Abonnenten mit der heutigen Nummer zu.

[Das Organ des Herrn M. Anton Niedorf.] die „D. L. Z.“, erlaßt einen von genannten Herrn als „Chefredakteur“ selbst unterzeichneten Hilferuf an seine Freunde, ihm sein Deficit von jährlich 6000 Thlr. zu decen. Die „Landeszeitung“ nimmt 12,000 Thlr. j

macht werden sollen. Fürst Bismarck wurde das Recht zugesprochen, den verfügenden Theil des Urtheils in seiner Klagesache binnen vier Wochen auf Grote's Kosten im „Hannoverschen Courier“ publizieren zu lassen. Durch ein zweites Urtheil wurde erkannt, daß auch die Seiten des Kalenders, welche Beleidigungen des Ministeriums, des Reichstags, Abgeordnetenhaus, sowie des Präsidenten Simson enthalten, aber strafrechtlich nicht verfolgt sind, weil innerhalb der zulässigen Frist keine Klageanträge gestellt sind, unbrauchbar gemacht werden sollen. (H. C.)

**Stettin.** 22. Novbr. [Se. f. f. Hohheit der Kronprinz] des deutschen Reiches und von Preußen, die Frau Kronprinzessin und höchster Kinder sind soeben bei heftigem Schneegestöber hier eingetroffen und, von der versammelten Volksmenge freudig begrüßt, durch die Spiken der Behörden und die Beamten des „Vulcan“ am Bahnhof empfangen worden. Bahnhof, Stadt und Hafen sind mit Flaggen festlich geschmückt.

**Neuß.** 21. Nov. [Zu der bekannten neuesten Klosteraffaire] wird der „Cref. Ztg.“ von hier noch geschrieben: Die Geschichte wird übrigens um so mehr in den weitesten Kreisen Aufsehen erregen, als sie eine Ordensgenossenschaft trifft, welche die strengste unter den Frauen, der die höchste physische Abstötung Hauptzweck ist, und auch als Hauptverdienst gilt. Gleich nach Etablierung ihrer hiesigen Niederlassung wurde das für die Carmeliterinnen acquirierte Gebäude nach der freien Seite hin mit einer haushohen schwarz angestrichenen Breiterwand umgeben, die weithin und namentlich von der Rheinbrücke aus sichtbar ist; diese Breiterwand sollte den Inassen die Aussicht in die schöne freie Gottesnatur versperren, damit sie nur der inneren Beschaulichkeit und der ewigen Anbetung leben, nur von solchen Dingen umgeben, die ihnen ein unaufhörliches momento mori zulassen. Unaufhörlich, bei Tage und bei Nacht, ist das Gebet, welches die Schwestern des Ordens abwechselnd obliegen. Von 10 Uhr des Nachts bis 5 Uhr des Morgens verstummt nur das Glöcklein, welches die Ablösung in der ewigen Anbetung auch der Außenwelt verkündet. Dieser Orden ist namentlich in Frankreich sehr verbreitet und seine Regeln sind von Victor Hugo in dem bekannte Romane „les misérables“ besonders eingehend geschildert worden.

**Bonn.** 18. Novbr. [Realgymnasium.] Die „Zeitung für das höhere Unterrichtswesen“ macht folgende, wie sie behauptet, aus ganz zuverlässiger Quelle gefügte, höchst wichtige Mitteilung: „Es ist als sicher zu betrachten, daß die gegenwärtige Realsschule erster Ordnung als „Realgymnasium“ die volle Universitätsberechtigung durch das bevorstehende preußische Unterrichtsgesetz empfangen wird. Die Vorlage dieses Gesetzes kann freilich möglicherweise erst in der übernächsten Sitzung stattfinden. Daneben sollen lateinlose Anstalten mit Berechtigung für den einzjährigen Dienst für ihre Abiturienten eingerichtet werden.“

**Dresden.** 22. Novbr. [Dementi.] Das „Dresdener Journal“ tritt in seiner heutigen Nummer der von einer Berliner Zeitung gebrachten Correspondenz aus Leipzig und Dresden, betreffs des Tragens des eisernen Kreuzes von Seiten sächsischer Offiziere, entgegen und bezeichnet diese Mitteilung theils als vollständig unverständliche Auffassung der drittehalb Jahre alten Anordnung, theils als Unwahrheit. Der betreffende Artikel schließt mit den Worten: „Das auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs festgeküpfte Band wird durch Verleumdungen des Parteihasses nicht gelockert werden.“

**München.** 19. Novbr. [Die sozialdemokratische Partei] scheint für die bevorstehenden Reichstagswahlen eine emsige Thätigkeit entfalten zu wollen. Allenthalben werden die Vorbereitungen zur Bildung von Wahlcomites getroffen und Aufforderungen an die Arbeiter zur massenhaften Beteiligung an den nächsten Wahlen erlassen. In Augsburg hat beispielsweise die sozialdemokratische Partei ein provisorisches Wahl-Comite gewählt und demselben aufgegeben, Bezirksversammlungen und Versammlungen in jedem Buchstaben der Stadt und Umgebung abzuhalten. In der Zeit bis zum Wahltag soll wöchentlich zweimal ein social-demokratisches Blatt erscheinen, welches massenhaft verbreitet werden soll. Auch die von den andern Parteien allenfalls abzuhaltenen Volksversammlungen sollen von den Socialdemokraten Massenhaft befürchtet werden, um daselbst ihrer Meinung in der bekannten Knüppel-Manier Ausdruck zu geben.

**München.** 20. November. [Außerordentlicher Militärcredit.] Dem Lande wurde heute eine unangenehme Überraschung bereitet, indem sich aus der an die Abgeordnetenkammer gelangten Vorlage über einen außerordentlichen Militärcredit ergiebt, daß dasselbe sich nicht blos auf 15 Millionen beläßt, wie bisher verlautet hatte, sondern sich um 9 Millionen höher stellt. Gleich nach Beginn der heutigen Sitzung erhielt der Kriegsminister das Wort, welcher im wesentlichen Folgendes äußerte: Der Reichstag habe für das Heerwesen der Staaten des ehemaligen norddeutschen Bundes einen außerordentlichen Credit von 210 Millionen zur Verfügung gestellt, welche für militärische Bauten, Vermehrung und Bewaffnung der Artillerie &c. verwendet würden. Die bayerische Armee dürfe in ihren Einrichtungen und ihrer Bewaffnung dem übrigen deutschen Heere nicht nachstehen, es werde daher auch für sie ein außerordentlicher Credit verlangt, welcher der französischen Kriegs-Entschädigung zur Last fallen solle. Er lege in diesem Betreff einen Entwurf vor, welcher zu den angegebenen Zwecken 24,294,000 fl. verlange. (Große Unruhe. Der Präsident bittet das Haus um Ruhe.) Von dieser Forderung sollten 10,826,900 fl. auf die zwölftägige Finanzperiode kommen, während der Rest erst in der darauffolgenden Periode zu beschaffen sei. Die Forderung für das bayerische Heer siehe nicht unweiglich hinter der Bewilligung zurück, welche der Reichstag für das Heerwesen der Staaten des ehemaligen norddeutschen Bundes gemacht habe. Die von Bayern dem Reiche gegenüber übernommenen Verpflichtungen erzählen die Notwendigkeit, daß das bayerische Heer in seiner Ausrustung dem übrigen deutschen Heere ebenbürtig dasseleb; er sei daher mit Zuversicht der Annahme des vorgelegten Entwurfes entgegen. (Fr. J.)

**Karlsruhe.** 22. Novbr. [Die Abgeordnetenkammer] hat bei der heutigen Wahl des Präsidiums Kirsner zum Präsidenten und Bluntschli und Kiefer zu Vicepräsidenten gewählt.

### ÖSTERREICH.

**Wien.** 22. Nov. [Die czechischen Abgeordneten Mähren] haben, wie die „Reichsrath-Correspondenz“ vernimmt, ihre bisherige Nichtteilnahme an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses in einem an das Präsidium des letzteren gerichteten Schreiben durch ihre gegenwärtige Mitwirkung bei den Wahlen zum mährischen Landtag und durch die bevorstehende Eröffnung desselben entshüllt, sowie ferner ihr Erscheinen im Abgeordnetenhaus nach dem Schlusse der Landtagsession in Aussicht gestellt.

**Pest.** 22. Nov. [Das Unterhaus] des ungarischen Reichstages hat heute nach zweistündiger Debatte den von der Rechten gestellten Antrag, den Kaiser bei seinem bevorstehenden 25jährigen Regierungsjubiläum durch eine Deputation zu beglückwünschen, angenommen. Nur die äußerste Linke stimmte gegen den Antrag. — Das Oberhaus

beschloß in corpore mit dem Präsidenten als Sprecher an der Spitze beim Jubiläum zu erscheinen.

### Berliner Börse vom 21. November 1873.

#### Wechsel-Course.

Amsterdam	230FL	10 T.	6½%	141½	bz.
do	do	2 M.	6½%	139½	bz.
Augsburg	100 FL	2 M.	5½	56½	G.
Frankfa. M.	100FL	2 M.	4½	—	
Leipzig	100 Thir.	8 T.	6	99½	G.
London	1 Lst.	3 M.	8	620½	bz.
Paris	300 Frs.	10 T.	6	791½	bz.
Petersburg	100SR.	8 M.	7½	88½	bz.
Warschau	90 SE.	8 T.	7	80½	bz.
Wien	150 FL	8 T.	5	88	bz.
do	do	2 M.	5	97½	bz.

#### Fonds- und Geld-Course.

Frei. Staats-Anleihe	4½%	101½	G.	
do	consolid.	4½	105	bz.
do	4½ige	4	98½	bz.
Staats-Schuldscheine	3½	92	bz.	
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	119½	bz.	
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101½	B.	
Berliner	4½	100½	B.	
Pommersche	4½	80½	G.	
Posen	4½	89½	bz.	
Schlesische	3½	95½	bz.	
Kur.	40 Thlr.	72	B.	
Badische	35 Fl.	Loose	39	B.
Braunsch. Präm.-Anl.	21½	11	bz.B.	
Bairische 4½ Anleihe	4	111½	bz.	
Cöln-Mind. Prämensch.	3½	92½	bz.	

Kurh. 40 Thlr. Loose 72 B.

Badische 35 Fl. Loose 39 B.

Braunsch. Präm.-Anl. 21½ bz.B.

Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81 ½ bz

Louisd'or 110½ G. Dollars 1.11½ bz

Sovereigns 6.23½ G. Frd. Bkn. 99½ bz

Napoleons 5 10½ bz. Oest. Bkn. 8 7½ bz

Imperials 5.15½ bz. Russ. Bkn. 81

